



Berufliche Bildung von Menschen mit Behinderung wird finanziell anerkannt

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. (BAG WfbM) zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für ein Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes (Berufsausbildungsbeihilfe- und Ausbildungsgeld-Anpassungsgesetz – BABAb-gAnpG)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen vertritt rund 700 Werkstätten für behinderte Menschen an mehr als 2.750 Standorten in ganz Deutschland. Derzeit ermöglichen Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland über 310.000 Menschen mit geistigen, körperlichen und psychischen Behinderungen die Teilhabe am Arbeitsleben. Davon werden rund 30.000 im Berufsbildungsbereich der Werkstätten beruflich qualifiziert.

Hintergrund

Die Leistungen nach dem dritten Sozialgesetzbuch müssen stets an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Unter anderem betrifft dies die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld, die den Lebensunterhalt von Auszubildenden während einer Berufsausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme sicherstellen.

Auch Menschen mit Behinderungen, die im Rahmen der Beruflichen Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen (oder bei anderen Leistungsanbietern) ein Ausbildungsgeld erhalten, haben ein Recht auf ein adäquates Ausbildungsgeld, das an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Der vorliegende Referentenentwurf sieht daher maßgebliche Verbesserungen bei der Höhe des Ausbildungsgeldes vor, die dementsprechend auch für die Teilnehmer des Eingangsverfahrens und des Berufsbildungsbereiches gelten werden.

Deutliche Erhöhung des Ausbildungsgeldes

Die BAG WfbM begrüßt die geplante Änderung des § 125 SGB III (Artikel 1 Nummer 13 des Entwurfs). Diese sieht vor, dass ab dem 1. August 2019 im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen und bei vergleichbaren Maßnahmen anderer Leistungsanbieter ein Ausbildungsgeld in Höhe von 117 Euro monatlich gezahlt werden soll.

Die BAG WfbM befürwortet ebenfalls, dass die Änderung des § 125 SGB III auf eine Jahresdifferenzierung der Beträge in ein erstes und ein zweites Berufsbildungsjahr zugunsten eines einheitlichen Ausbildungsgeldes verzichtet.

Die mit dem Entwurf verbundene deutliche Steigerung des Ausbildungsgeldes (bisher werden im ersten Jahr des Berufsbildungsbereichs 67 Euro und im zweiten Jahr 80 Euro gezahlt) stellt eine finanzielle Wertschätzung der Leistungen der Teilnehmer dar und markiert eine weitere Anknüpfung der Beruflichen Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen an die grundlegende Systematik der Ausbildungsförderung nach dem SGB III.



Verbesserung der Einkommenssituation aller Werkstattbeschäftigten

40 Gemäß § 221 (2) SGB IX zahlen Werkstätten den Beschäftigten im Arbeitsbereich der Werkstätten ein Entgelt, das sich aus einem Grundbetrag in Höhe des Ausbildungsgeldes, das die Bundesagentur für Arbeit im Berufsbildungsbereich leistet und einem Steigerungsbetrag zusammensetzt.

Somit führt die geplante Erhöhung des Ausbildungsgeldes automatisch auch zu einer Erhöhung des Grundbetrags auf 117 €

45 Die BAG WfbM begrüßt auch diese Erhöhung, sieht damit aber noch nicht das Ziel erreicht, eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation aller Werkstattbeschäftigten zu realisieren.

Die BAG WfbM wird die dafür notwendigen Diskussionen offensiv mit allen Beteiligten initiieren. Das Finanzierungssystem der Werkstattentgelte muss reformiert werden.